

## Aufstand gegen Unverstand

In einem Jahr soll die neue Rechtschreibung endgültig in Kraft treten. In der Praxis hat sich gezeigt: Allzu viele Regeln der Reform sind unlogisch. Die Mehrheit der Bürger lehnt sie ab. Aber nur eine große Koalition aus Politikern, Publizisten, Eltern und Lesern könnte das Trauerspiel beenden.

Sie war die Reform vor den Reformen. Sie kostete nur Geld und brachte nichts ein. Sie tat zwar nicht weh wie Hartz IV, der DGB verkrachte sich ihretwegen nicht mit der SPD, sie schnitt das soziale Netz nicht in handliche Schnipsel und versprach auch keine neuen Arbeitsplätze. Aber sie veränderte das, was viele Deutsche noch gemeinsam haben: die Sprache.

Und erst als die neue Rechtschreibung am 1. August 1998 in Kraft trat, merkten die Deutschen allmählich, was sich über Nacht in ihrer Schriftsprache verändert hatte.

'Orthografie' hieß es nun etwa - und 'Fotograf'. Aber weiterhin 'Philosoph'. Warum aber nicht, nach der Logik der Reform, 'Filosof'? Schließlich schrieb man nun auch 'Delfin'. Ein 'Macker' durfte als 'Ma-cker' über die Zeile ragen und die 'Pi-ste' als 'Pis-te' pöbeln. Keinem der zuständigen Ministerialbeamten und Sprachexperten, die sich jahrzehntelang das neue Regelwerk in unendlichen Sitzungen ausgedacht hatten, tat das, geschrieben nach den neuen Regeln, auch nur ein 'bisschen Leid'.

In den Schulen lernten Kinder die neuen Regeln und konfrontierten ihre Eltern mit ihrer Ratlosigkeit: Was 'gestern früh' noch galt, war 'heute Morgen' plötzlich falsch. Der Wertewandel in der Fibel stürzte ganze Familien in einen Kampf der Generationen. Oma beharrte auf 'radfahren', die Enkel lernten dagegen 'Rad fahren'.

Während die Schulbuchverlage notgedrungen ihr Sortiment den neuen Vorschriften anpaßten und dank etlicher Nachbesserungen eine Wörterbuch-Version die nächste jagte, blieben die meisten Literaturverlage beim üblichen - die Autoren wollten es so. Doch damit nicht genug: Viele Zeitungen und Zeitschriften schwenkten schließlich, wohl oder übel, auf die neue Linie ein, allerdings meist mit Anleihen beim Bewährten. Nur die "Frankfurter Allgemeine" ("FAZ") kehrte, nach einer Probephase mit den neuen Regeln, konsequent zur herkömmlichen Schreibweise zurück.

Im gedruckten und geschriebenen Deutsch hat sich seitdem babylonische Wirrsal ausgebreitet. Wie schon in der Mode oder in der Popmusik lautet die Parole: Anything goes. Alt und Neu bestehen nebeneinander, viele Kann- und einige Mußbestimmungen weichen die Sprachwirklichkeit auf, unzählige Varianten kursieren - niemand weiß mehr, woran er ist.

Die Lage ist inzwischen so chaotisch, als hätte ein antikes Trio infernale, bestehend aus den anstrengenden Herren Sisyphos, Drakon und Prokrustes, die Vormundschaft über die deutsche Sprache und ihre Benutzer übernommen.

Doch noch bleibt eine Galgenfrist. In genau einem Jahr, am 1. August 2005, endet die Übergangszeit. Danach, so sehen die Bestimmungen es vor, sollen die neuen Regeln in Schulen und Behörden verbindlich werden.

Es sei denn, die Gegner erreichen doch noch eine Kehrtwende - und Gegner hat die Reform nach sechs vollen Jahren offenbar so viele wie noch nie. 51 Prozent der vorvergangene Woche von TNS Infratest für den SPIEGEL Befragten hatten an der Rechtschreibreform nicht nur einiges auszusetzen, sondern forderten deren komplette Annullierung - von den über 60jährigen 59 Prozent, aber auch 54 Prozent der 30- bis 45jährigen.

Das öffentliche Meinungsbild ist erstaunlich einhellig: Politiker, Publizisten, Lehrer, Eltern und viele ganz gewöhnliche Leser würden am liebsten zur Rechtschreibung in den grammatikalischen Grenzen von 1998 zurückkehren. Den meisten spricht der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger aus vollem Herzen, der vergangene Woche der Kulturbürokratie eine wütende Abfuhr erteilte: "Sie hat uns nichts zu sagen." Marcel Reich-Ranicki, Deutschlands Oberliterat, nennt die Reformschreibung "unzweifelhaft eine Katastrophe".

"Es ist keine Schande, etwas Mißratenes aus der Welt zurückzurufen", sekundiert dem Kritiker der Autor Georg Klein ("Barbar Rosa"). Literaturnobelpreisträger Günter Grass ("Die Blechtrommel") geht noch weiter. Der sonst sicher nicht als Traditionalist verschriene Altmeister verwarft sich vehement dagegen, daß seine Texte, gerade beim Abdruck in Schulbüchern, in der neuen Rechtschreibung veröffentlicht werden. Sein Kollege Martin Walser ("Ein fliehendes Pferd") erklärte barsch: "Ich schreibe weiter, wie ich will." Er unterstellt den Reformexperten "bürokratischen Müßiggang".

Auch viele Eltern und Lehrer protestieren gegen die Reform. Heidemarie Mundlos, Vorsitzende des Deutschen Elternvereins: "Die Ministerpräsidenten sollen endlich ein Machtwort sprechen." Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, ist für eine weitgehende Rücknahme der Reformregeln. Lediglich die neue s-Schreibung ('dass' statt 'daß') sei "gesetzmäßig und logisch".

Der Deutsche Philologenverband und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft indessen stehen noch zur Reform - eine "Rolle rückwärts" werde "Chaos an den Schulen" auslösen, fürchten sie. Die Gymnasialphilologen räumen allerdings ein, in "Teilbereichen" wie der Zusammen- und Getrenntschreibung könne "nachgebessert" werden.

Viele Zeitungs- und Magazinredaktionen unterstützen hingegen den Aufstand gegen den Unverstand: Dies sei, so schrieb selbst die Reformen kaum je abgeneigte "Frankfurter Rundschau", "die letzte Reform, die ohne Not in Angriff genommen werden konnte und auf die man getrost auch hätte verzichten können". Beim Konjunktiv muß es nicht bleiben. Denn der Groll gegen den Neuschrieb ist auch unter Politikern weit verbreitet. Quer durch die Parteien wächst die Erkenntnis, daß die "Mißgeburt", so der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU), schleunigst wieder verschwinden müsse.

Große deutsche Zeitschriften- und Zeitungsverlage überlegen inzwischen, zur alten Schreibweise zurückzukehren, sollten die Länderchefs nicht vorher von sich aus einlenken und eine brauchbare "Reform der Reform" durchsetzen - notfalls auch gegen ihre eigenen Kultusminister.

Auslöser der neuerlichen Debatte ist Christian Wulff, CDU-Ministerpräsident von Niedersachsen. Er hatte sich Ende Mai in der RTL-Show "Der große Deutsch-Test" einem Diktat stellen müssen - nach den neuen Rechtschreibregeln. Der Politiker schnitt reichlich mau ab und wußte auch gleich den Grund: "Diese Reform stiftet nur Verwirrung."

Das tut sie übrigens schon seit gut fünf Jahrzehnten. 1954 übergaben Sachverständige einer "Arbeitsgemeinschaft für Sprachpflege" den zuständigen Kultusministern einen Forderungs-

katalog, der einschneidende orthographische Veränderungen anriet: Von der "gemäßigten Kleinschreibung" über die Trennung nach Sprechsilben und kräftige Komma-Einsparung bis zur rein lautlichen Schreibung vieler Fremdwörter ('Miljö').

Neu waren solche Projekte auch damals schon nicht. Nur knapp zehn Jahre zuvor hatte Adolf Hitler persönlich ein weit gediehenes Regelwerk ganz ähnlicher Art "bis Kriegsende" zurückgestellt. Die Reformer - etliche noch dieselben wie ehemals im braunen Reich - nahmen nur einen neuen Anlauf.

Zwar wurden ihre Vorschläge prompt mit Hohngelächter abgefertigt. Doch ganz mochten die Kultusminister der West-Bundesländer, die dem "Duden" Maßgeblichkeit bescheinigten, das Reformerhäuflin offenbar nicht verprellen. 1956 setzten sie einen "Arbeitskreis für Rechtschreibregelung" ein; 1964 wurde das noch heute bestehende "Institut für deutsche Sprache" in Mannheim gegründet. Damit hatten die Sprachregulierer einen Fuß in der Amtstür.

Durch zähe Lobby-Arbeit schafften sie es bis 1973 sogar, daß die Kultusministerkonferenz einer gemäßigten Neuschreibung zustimmte. Nur Monate danach allerdings sprangen mehrere Kultusminister wieder ab. Kommissionen tagten trotzdem weiter. Und als Mitte 1986 erstmals Beamte aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz über einen neuen Vorschlag verhandelten, war das Thema auf übernationaler Ebene angelangt. Ein Arbeitsauftrag der Kultusminister bescherte den Reformern kurz darauf weiteren amtlichen Segen. Der Zug kam ins Rollen.

Wieder neun Jahre und etliche Konferenzen später war die "Vorlage für die amtliche Regelung" durch alle Instanzen gepaukt und die Einführung der neuen, angeblich einfacheren Schreibungen in Schulen und Behörden beschlossene Sache. Die ehemals radikalen Forderungen, etwa nach gemäßigter Kleinschreibung auch der Hauptwörter, waren inzwischen zu einem von Ausnahmen und Nebenfällen strotzenden Kompromißpapier verkommen. Demnach sollte in Zukunft

- mehr getrennt als zusammen- ('fern liegen' statt 'fernliegen') und - seltsamerweise - mehr groß- als kleingeschrieben werden ('Schuld geben' statt 'schuld geben');
- Kommata freier gesetzt werden dürfen;
- ß sich nach kurzem Vokal in ss ändern ('dass' statt 'daß');
- s-t wie s-p behandelt werden ('Wes-te' statt 'We-ste') und
- überhaupt möglichst nach gesprochenen Silben getrennt werden ('Zu-cker' statt 'Zucker', 'da-rauf' statt 'dar-auf').

Selbst die komplette Abschaffung des ß, in der Schweiz längst vollzogen, hatten die Reformer also politisch nicht durchboxen können. Umso gewisser rechneten sie nun mit breiter Zustimmung.

Doch statt dessen erhob sich rasch eine Woge des Widerstands. Immer neue Kuriositäten kamen zu Tage - von traditionslosen NeufORMen wie 'Tollpatsch' oder 'platzieren' über Albernheiten wie 'Flusssand' bis zu den viel zitierten 'Tee-nagern' und Satzgebilden, die dank der neuen KommafREiheit ihren Sinn einbüßen oder bis zur Unkenntlichkeit verändern ("Ich rate ihm zu helfen").

In einer "Frankfurter Erklärung" verurteilten zur Buchmesse 1996 über 300 deutsche Intellektuelle, eine nie dagewesene Allianz des Geistes, die Widersprüchlichkeit, Geschichtslosigkeit und Leserfeindlichkeit der angepeilten Regelungen. Diesem "Amtsfetisch" einiger "Sesselfurzer" sollten sich die "wahren Gesetzgeber" der deutschen Sprache, die schöpferischen Schreiber, nicht beugen müssen, wettete Hans Magnus Enzensberger, von Anfang an ein strikter Gegner des Vorhabens.

Dennoch blieben die Reformer am längeren Hebel - schon weil für ihre Auftraggeber, die Kultusminister, jeder Rückzieher blamabel gewesen wäre. Von einer "Zwischenstaatlichen Kommission" aus Reformbefürwortern medial abgefedert, wurde das Regelwerk den Protesten zum Trotz zum 1. August 1998 offiziell gültig - in der Erwartung, daß nach dem üblichen deutschen Gezeiter bald alle zur reformierten Tagesordnung übergehen würden.

Aber von wegen. Auch heute, nach sechs Jahren, ist die Wut der lesenden und schreibenden Mehrheit ungebrochen. In Büchern, Pamphleten, Internet-Sites und Arbeitsgruppen, zahllosen Aktionen und einer Dauerflut von Protestbriefen hat sich längst eine Bürgerbewegung gebildet, die an sozialer Vielfalt und Begeisterung für die Sache ihresgleichen sucht. Und von denen, die das Reformkonstrukt anzuwenden glauben, folgen offenbar viele der Formel Pi mal Daumen - wie der Journalist, der kürzlich einen Pianisten allen Ernstes zum "Aufsehen Erreger" kürte.

Den wohl wichtigsten Einwand gegen den Experten-Neuschrieb formulierte schon 1997 die "Frankfurter Allgemeine": "Orthographie wird Ansichtssache." Selten ist eine Voraussage exakter eingetroffen als diese. Mittlerweile erklärt Theodor Ickler, Professor für Deutsch als Fremdsprache an der Universität Erlangen und einer der besten Grammatikkenner: "Die Kluft zwischen Regelwerk und Schreibwirklichkeit ist größer denn je, das genaue Gegenteil des Reformzwecks ist eingetreten."

Beispiele schüttelt der agile 60jährige nur so aus dem Ärmel. Da meldet ein Schulbuch, Menschenaffen und Vorfahren des Menschen hätten sich "auseinander entwickelt" - biologischer Blödsinn, nur entstanden daraus, daß das Wort 'auseinanderentwickelt' von Sprachwächtern eigenmächtig 'auseinander gerissen' (oder, nach bewährter Schreibung: 'auseinandergerissen') wurde. Hinter der bunt zwischen groß und klein abwechselnden Reihe 'des Weiteren', 'seit kurzem', 'in Grau', 'schwarz auf weiß' lauert gar eine Regel mit drei Ausnahme-Unterebenen. Kann das noch einer lernen, geschweige denn begreifen?

'Heil bringend' und 'heilbringend', 'Blut stillend' und 'blutstillend', alles ist erlaubt - aber beispielsweise 'hilfesuchend' darf nicht sein. Auch 'feuerspeiend' und 'fleischfressend' ächten die Reformer im neuesten Duden als "alte Schreibung". Zwischen undurchschaubaren Verfügungen und scheinbar überholten Gewohnheiten alleingelassen, werfen viele Enttäuschte die Liebe zu ihrer Muttersprache gleich mit über Bord - allen voran die Schüler, also gerade diejenigen, denen die Reformer ursprünglich helfen wollten.

Zwar finden logisch denkende Zeitgenossen auch an der herkömmlichen Schreibweise manches auszusetzen. Aber vor den Absurditäten des neuen Verordnungsgestrüpps kapitulieren inzwischen selbst viele begeisterte Deutschlehrer. Längst geht es nicht mehr um Spitzfindigkeiten wie den - kaum nachvollziehbaren - Unterschied zwischen den Komma-Neuregelungen "Hier fällt es schwer, zu schweigen" und "Hier gilt es den Mund zu halten", sondern um Elementares. Nicht einmal die angeblich so simple ss-Regel sei in den Köpfen angekommen, zeigt Ickler an Fundstücken wie "aussen" oder "Ergebniss". Sinn-Trübungen seien programmiert: "Eine ganze Generation von Schülern lernt nicht mehr, die Kommas so zu setzen, wie es die Sprachgemeinschaft für richtig hält."

Übereifer und Gleichgültigkeit, unzählige Mischversionen von Alt und Neu - auch der SPIEGEL folgt zurzeit einer Orthographie, die die neue Rechtschreibung zwar befolgt, aber so weit wie möglich bei den alten Schreibweisen bleibt - sowie fortwährende amtliche und halbamtliche Nachbesserungen haben aus dem Reformwerk inzwischen eine Wanderdüne der Unsicherheit gemacht, die Leser und Profischreiber gleichermaßen erbittert.

Noch ließe sich das Chaos beenden - sagen nun Verbände, Ministerpräsidenten, Schriftsteller, Journalisten und Intellektuelle. Angesichts des heillosen Durcheinanders einer Reform, nach der niemand rief, die kostbare volkswirtschaftliche Energie vergeudet hat, um den Standort Deutschland wieder einmal zur Lachnummer zu machen, sei eine Kehrtwende überfällig.

Christian Wulff, Auslöser der neuen Diskussion, findet unter seinen Unionskollegen immer mehr Mitstreiter. Edmund Stoiber (Bayern) und Peter Müller (Saarland) signalisierten sofort Sympathie; der ehrgeizige Kollege Roland Koch aus Hessen hält zwar auch nichts von den Neuerungen, die "Schlacht gegen die Rechtschreibreform" jedoch für verloren.

Beifall bekam Wulff aus Sachsen-Anhalt: "Ich habe die Rechtschreibreform niemals akzeptiert und praktiziert", betont Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU). Wulff glaubt nicht mehr, "daß man im Bereich der Kultusministerkonferenz des Themas Herr werden kann". Das scheint auch Edmund Stoiber so zu sehen. Der Bayer, zurzeit Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, will beim nächsten Treffen, Anfang Oktober, das Thema Rechtschreibung auf die Tagesordnung der Kamingsgespräche setzen - als Stimmungstest und "erste Meinungsbildung", heißt es vorsichtig aus der Staatskanzlei. Eine Abstimmung sei nicht geplant. Wie eine Rückkehr zum alten System praktisch aussehen könnte, ist ohnehin völlig offen. "Da gibt es noch keine konkreten Überlegungen", sagt Stoibers Sprecher Martin Neumeyer.

An einer politischen Mehrheit für den niedersächsischen Vorstoß fehlt sowieso noch manches: Zu den vier möglichen Befürwortern könnten allenfalls noch Brandenburg und Baden-Württemberg stoßen. Deren Regierungschefs Matthias Platzeck (SPD) und Erwin Teufel (CDU) haben sich bislang noch nicht festgelegt. In Stuttgart heißt es, Teufel unterstütze zwar durchaus Wulffs Idee. Er wolle aber seine Kultusministerin Annette Schavan nicht bloßstellen, die sich für die Reform stark gemacht habe. Deshalb warte er ab.

Jürgen Schreier hingegen, Kultusminister des Saarlandes, bedauert "mit dem Wissen von heute" inzwischen den Reformbeschluß. Sein Beitrag zur Debatte: "Die Politik muß sowohl die alte wie die neue Rechtschreibung weiter gelten lassen." Bei dieser "marktwirtschaftlichen" Lösung werde sich dann die bessere Schreibweise von selbst durchsetzen, glaubt der ehemalige Lehrer. Immerhin ist durch Schreiers Gesinnungswandel der alte Konsens der Kultusministerkonferenz, auf den sich deren Vorsitzende Doris Ahnen (SPD) beruft und auf den sie pocht, gebrochen.

Andere CDU-geführte Länder wollen Wulff nicht folgen. "Für Hamburg ist eine Rückkehr zur alten Schreibweise kein Thema", sagte Bürgermeister Ole von Beust. Und Sachsens Regierungschef Georg Milbradt meint: "Wenn wir jetzt zur alten Rechtschreibung zurückkehren, wäre die Verwirrung komplett." Einen solchen Schritt, fürchtet er, "würden weder Eltern noch Lehrer, noch Schüler verstehen oder gut finden".

Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) sieht ebenfalls keinen Weg zurück. Der Reformprozeß solle von einer Expertenkommission "sinnvoll begleitet werden", fordert er. Schließlich sei die Regelung das Ergebnis eines international ausgehandelten Kompromisses.

Die SPD-geführten Länder wollen vom bisherigen Kurs erst recht nicht abweichen. Die aktuelle Diskussion sei "Wahnsinn", urteilt Peer Steinbrück, Regierungschef von Nordrhein-Westfalen: "Als ob wir nicht andere Probleme in Deutschland hätten."

Sein rheinland-pfälzischer Parteifreund Kurt Beck hält gar die "angezettelte" Diskussion für "verantwortungslos". Die Ministerpräsidenten hätten das Thema mehrfach beraten und schließlich den Neuregelungen zugestimmt: "Politische Entscheidungen müssen für die Betroffenen kalkulierbar und berechenbar bleiben."

Zu den "Vorkämpfern dieser Reform" mag sich Beck zwar auch nicht rechnen. Aber könne man Kindern, die seit 1998 nach den neuen Regeln lernen, erklären, daß sie Falsches gepaukt haben? Überdies - Hauptargument der Rücknahme-Gegner - schade eine Umkehr der Volkswirtschaft: "Allein durch die Auflage neuer Schulbücher entstünden Kosten in Höhe von einer viertel Milliarde Euro", behauptet Beck. Auf eine solche Horrorsumme käme man allerdings nur, wenn auf einen Schlag sämtliche Schulbücher neu herausgebracht würden, eine irrealer Vorstellung.

Gewohnt pragmatisch versucht der Bremer Regierungschef Henning Scherf (SPD) das Problem zu lösen. Von der Idee, die Reform rückgängig zu machen, hält er zwar "nichts". Aber: "Im übrigen habe ich für mich persönlich ganz behende beschlossen, mir wegen der Rechtschreibreform keinen großen Streß zu machen und mir die neuen Regeln nicht mehr einzu-bläuen", sagt der 65jährige.

Cornelia Pieper, Generalsekretärin der FDP, geht dagegen auf's Ganze. Sie will den Casus gar den Bürgern selbst überlassen: Volksentscheid. Dann wäre der Spuk vermutlich rasch vorbei.

Kulturstaatsministerin Christina Weiss nannte Piepers Befragungsidee "eine populistische Forderung". Der "Welt am Sonntag" allerdings hatte sie zuvor bekannt: "Auch ich denke, wir müssen berechtigte Einwände ernstnehmen." Es sei ein Fehler, die neuen Regeln gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.

Was denn nun? Wer ist das Volk? Wer bestimmt? Warum überhaupt amtliche Regelungen, wenn es vorher auch ohne ging?

Österreich und die Schweiz, von jeher mit Grenzfällen vertraut, gehen seit Beginn der Reformschreibung recht gelassen damit um. So hat sich die weltoffene "Neue Zürcher Zeitung" ein traditionell orientiertes Eigenregelwerk erarbeitet, in dem zum Beispiel altmodisch-elegant von "placieren" die Rede ist. In Deutschland dagegen starren alle, Reformer wie Traditionenanhänger, auf die Obrigkeit.

Sollten die Länderchefs im Oktober ihren Kultusministern den Fall tatsächlich aus der Hand nehmen, wäre ihnen allgemeiner Beifall sicher; bei Sprachprofis gewiß am heftigsten. Realisten freilich rechnen mit einem weiteren flauen Kompromiß - der vermutlich neue Varianten erlauben und somit liberal wirken, aber in Wahrheit noch mehr Gleichgültigkeit der Sprache gegenüber erzeugen würde.

"Lieber jetzt eine Beendigung des Schreckens als ein Schrecken ohne Ende", fordert Wolfgang Balk, Verleger des Deutschen Taschenbuch Verlags (dtv) in München. "Aus nicht nachvollziehbaren Gründen, gegen sprachhistorische und linguistische Einsichten, gegen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung wurde und wird von einer uneinsichtigen Clique dieses unsinnige Reformvorhaben diktatorisch durchgepeitscht."

Verleger Michael Klett, der nur bei seinen Schulbüchern dem behördlichen Druck nachgibt, zeigt sich ähnlich frustriert: "Mein Leid ist, daß ich hin- und hergezerrt werde zwischen meinem kulturellen Gewissen, das sagt und weiß, wie unnötig und unsinnig diese sogenannte Reform ist, und andererseits meiner Verantwortung gegenüber meinem Unternehmen, seiner Position, seinen Arbeitsplätzen und so weiter."

Sogar manche einstigen Reformer sind inzwischen ganz ähnlicher Meinung. So rechnete der Erlanger Sprachwissenschaftler Horst Haider Munske kürzlich in einem "FAZ"-Artikel vehement mit seinen gescheiterten Kollegen ab: "Alle Fehler lassen sich am Ende auf das untaugliche, undemokratische Verfahren zurückführen, mit dem ohne Parlamente und ohne Gesetze tiefgreifende Einschnitte in die Schriftkultur und in unser Alltagsleben verordnet werden." Dagegen hilft wohl wirklich nur die Parole: Alles auf Anfang.

Sollte dereinst tatsächlich wieder Gewißheit einkehren ins Schriftdeutsch, sollte endlich wieder zusammengeschrieben werden, was zusammengehört, sollte Unsinniges wieder zurückgenommen werden, dann wäre eine der absurdesten Reformen in Deutschland zu ihrem vermutlich glimpflichsten Ende gekommen. Und das Land könnte sich endlich um Dinge kümmern, die wichtig sind: Reformen.

MICHAEL FRÖHLINGSDORF, JOACHIM KRONSBEIN, JOHANNES SALTZWEDEL

Artikel erschienen in SPIEGEL online am 02.08.2004